

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

82 (16.7.1923)

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Abnehmer
ohne Postgebühr monatlich 6000.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur
Karlstraße Nr. 6003.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gegründet
1839

General-Anzeiger für das
Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 400.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 1200.— Mk.
Anzeigen mit Bekanndmachung
oder Aushang 1200.— Mk. Sonder-
vergütung. Alle Preise freibleibend.
Grundgebühr im Anzeigen- und
Legit. 10.— Mk.
Bei Wiederholungen tarifmäßiger
Rabatt, der bei Abzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
teilung und bei Konkurs erlischt.
Nachschriften werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 82.

Montag, den 16. Juli 1923.

84. Jahrgang

Poincares Antwort an Baldwin

Baldwins Erklärung.

Wenn der französische Ministerpräsident Poincare gestern nach zu Paris den Bericht über Baldwins Rede im engl. Unterhaus geleitet hat, dürfte er sich bei dem Mißbehagen doch wohl ein wenig ins Fäufchen gelacht haben. Mag in dieser Rede noch so viel Opposition gegen ihn, Poincare, und gegen seine „Methode“ stecken, eins ist sicher: in das taktische System Poincares paßt der einzige praktische Vorschlag, den der englische Ministerpräsident gemacht hat, gar nicht hinein. Was ist der langen Rede kurzer Sinn: So, wie ihr — Franzosen und Belgier — Deutschland zum Zahlen bringen möchtet, geht es nicht; wir leiden vielmehr alle darunter. Bezahlung wollen wir auch, und zwar soviel wie möglich, aber wir — England und Italien — wissen eine bessere Methode und laden freundlichst ein, sich ihr anzuschließen. Im Grunde also zunächst eine rein negative, kritische Stellungnahme, alles Positive, alles das, was England nun sachlich vorzuschlagen gedenkt, um den neuen Weg zu führen, alles, was die Fragen der Entschädigungs- höhe, der Zahlungsform der Sachverständigenkommission, des passiven Widerstandes, der Räumung des Einbruchgebietes usw. anbetrifft, alles wird auf den Weg künftiger Vereinbarung mit den lieben Alliierten verschoben. Diese Vereinbarung soll — wenn möglich — gefunden werden in einer gemeinsamen Antwort auf die deutsche Note vom 7. Juni, einen Entwurf für Antwort wird England vorlegen. Das ist das einzige, was sich zunächst als praktischer Kern herausheben läßt. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß Poincare seit Wochen kein höheres Ziel kennt, als die englische Gegenwirkung gegen seine Ruhrpolitik durch Hinauszögern, durch dem trahere lahmzu- legen, in der steten Hoffnung, jeden Tag den deutschen Zusammenbruch zu erleben, wenn man sich weiter vergegenwärtigt, welche herrliche Gelegenheit zur Fortsetzung dieses Verfahrens ihm durch Baldwins Vorschlag eröffnet wird, wie sich Tage um Tage, Wochen um Wochen werden hinziehen lassen im Streit noch Worte und Wendungen des schwierigen Aktenstücks — wahrhaftig, Poincare hat keinen Anlaß, seinem Gegenüber jenseits des Kanals allzu heftig zu grollen, daß er die Ruhr besetzung eine recht bedauerliche Erscheinung genannt hat. An dem Maß von Gehuld, das die englische Regierung in den kommenden Verhandlungen entwickeln wird, hängt nun das deutsche Schicksal!

Das ist kein erfreuliches Ergebnis des mit soviel nervöser Spannung erwarteten Ereignisses im Londoner Parlament. Die Uhr der Verhandlungen ist von Baldwin wieder aufgezogen worden, es ist aber zu befürchten, daß sie bald nachgehen und vorzeitig stehen bleiben wird. Mag es uns inzwischen auch einige moralische Genugtuung geboten haben, von dem englischen Minister gehört zu haben, daß man deutsche Vorschläge immerhin nicht einfach ignorieren dürfe. Am Morgen nach Baldwins Erklärung hat Poincare die französischen Truppen auf Barmen vorrücken lassen. So quittiert er die „bedauerliche Erscheinung.“

Der Widerhall von Baldwins Erklärung.

London, 14. Juli. Baldwins Erklärung scheint nach hiesigen Meldungen günstigste Aufnahme in Washington, Rom und Brüssel gefunden zu haben, während Paris sich bemüht, seine wahren Gefühle zu verbergen, hoffend, Baldwin in längere Verhandlungen verstricken zu können. Hier erwartet man, Baldwin werde diese Absicht dadurch durchkreuzen, daß er für die Antwort auf seinen Antwortentwurf irgendwie eine Zeitgrenze festsetzt. Er werde natürlich den deutschen Vorschlag einer internationalen Kommission annehmen.

Beifällige Aufnahme der englischen Regierungs-Erklärung.

London, 12. Juli. Die Blätter äußern sich über die Erklärungen Baldwins befriedigt. Im Oberhaus richtete Viscount Grey eine Anfrage an den Staatssekretär des Aeußern über die europäische Politik der Regierung, worauf Lord Curzon die gleiche Erklärung verlas, die Baldwin im Unterhaus abgegeben hat. Die Mitglieder des Oberhauses nahmen sie mit großem Beifall auf. Hierauf ergriff Lord Grey das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er u. a. zur Frage der Sicherheit Frankreichs bemerkte, die von Frankreich gebrauchte Methode der Besetzung des Ruhrgebietes sei nicht geeignet, das erstrebte Ziel zu erreichen, sondern gerade das Gegenteil zustande zu bringen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, daß der Militarismus keiner Nation und keiner Gruppe von Nationen Sicherheit bringen könne. Der Versuch, Sicherheit auf Kosten anderer Nationen zu erhalten, habe stets mit einem Mißerfolg geendet.

Frankreichs „günstiger Eindruck“.

Berlin, 14. Juli. Der Ministerrat, der unter dem Vorsitz Poincares gestern in Paris zusammentrat, soll sich mit der Erklärung Baldwins, ohne daß ihr voller Wortlaut vorlag, beschäftigt und seine Befriedigung darüber geäußert haben. Doch hat es bestimmt den Anschein, daß diese Befriedigung weniger aus der Rede Baldwins entspringt, als vielmehr daraus, daß die Angelegenheit der Beantwortung des englischen Fragebogens glücklich überwunden war, ohne daß Poincare genötigt war, Farbe zu bekennen. Aus dieser peinlichen Lage ist Poincare glücklich befreit, weil England diese Mißachtung ruhig hingenommen hat, aus welchem Grunde, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle wendet man in Paris seine Aufmerksamkeit jetzt ganz auf die Antwortnote Englands an Deutsch-

land, die man für die nächsten Tage in Paris erwartet. Daß die Presse vom Quai d'Orsay inspiriert schon jetzt orakelt, die Antwort werde Deutschland vielleicht in 3-4 Wochen (!) überreicht werden können, läßt darauf schließen, daß man das englische Zugeständnis gründlich auszunutzen gedenkt. Der Minister der Verschleppungspolitik, Poincare, wird alle Hebel in Bewegung setzen, daß auch die neue Zeit des Wartens mit einem neuen französischen Erfolg enden wird. Besonders wird Poincare seinen Einfluß auf die belg. Regierung in diese Sinne geltend machen und es nicht an einer nachdrücklichen persönlichen Bearbeitung der belgischen Minister fehlen lassen. Die Versuchsbalkons, die aus der französischen Presse über die Aufgabe des passiven Widerstandes und mögliche Abschließung eines Waffenstillstands im Ruhrgebiet aufsteigen, geben die Schwierigkeiten an, die von den Einbruchsmächten den kommenden Verhandlungen entgegengewälzt werden dürften.

Bestimmung in Frankreich.

Paris, 13. Juli. Während Paris gestern noch restlos optimistisch gestimmt war, verriet die heutige Presse, besonders ein Artikel im Abendblatt des „Temps“ eine erhebliche Enttäuschung über die Erklärungen des englischen Premier, worüber auch das Steigen des Frank nicht hinweghelfen vermag, umso mehr als man sehr genau weiß, daß die Bank von Frankreich viele Millionen für diese Besserung des Frankkurses zu diesem Zeitpunkt opfern mußte. Die Blätter heben in Ermangelung eines Bessern den höflichen Ton der englischen Erklärung hervor, können aber nicht leugnen, daß sie eine sehr scharfe Kritik der Ruhrbesetzung enthält und in dem Kernpunkt Deutschland gegenüber ein gewisses Wohlwollen zeigt.

„Die ungeheuren Meinungsverschiedenheiten“.

Paris, 13. Juli. Eine Persönlichkeit, die in der Lage sei, die Ansichten der französischen Regierung nicht mißzuverstehen, erklärte einem Berichterstatter des Echo: Die Höflichkeit Stanley Baldwins dürfe Frankreich nicht über die ungeheuren Meinungsverschiedenheiten irreführen, die Frankreich und England trennen. Es liege übrigens nicht in der Macht Poincares, auch nur das geringste am Ruhrunternehmen zu ändern, solange die deutsche Regierung nicht dem passiven Widerstand und den Sabotagen ein Ende bereitet habe. Poincare habe immer erklärt, daß Frankreich bereit sei, seine Truppen nach Maßgabe seiner Zahlungen zurückzuziehen. In dieser Beziehung sei es der französischen Regierung, die unterstützt sei von der öffentlichen Meinung Frankreichs, nicht möglich, ihre Entschlüsse zu ändern, umfoweniger, als Deutschland in seinem Widerstand durch die Unterstützung Englands ermuntert werde. Solange man nicht sicher sei, bezahlt zu werden, werde man das Pfand des Ruhrgebietes behalten und nicht aufgeben.

Befriedigung in Italien über Baldwins Erklärung.

Rom, 13. Juli. Zu den Erklärungen Baldwins bemerkt Giornale d'Italia: Der Nachdruck, den der englische Minister auf die Gemeinschaft der englischen und französischen Endziele lege, lasse vermuten, daß der Vorschlag für eine internationale Kommission in der Art gemacht wurde, daß er weder die französische Empfindlichkeit noch die Kompetenz der Reparationskommission verletzete. Man könnte beispielsweise der Reparationskommission durch diese internationale Körperschaft nur einen Rat geben, daß die eventuelle Herabsetzung der deutschen Schuldsomme wenigstens in der Form erfolgt, die von der Reparationskommission verfügt werden könnte. Analog dazu könnte die separate englische Note derart abgefaßt sein, daß die Alliierten über sie, also nicht über die deutsche Note, die Diskussion fortsetzen könnten. Auch Frankreich wäre so, ohne sich zu widersprechen, in der Lage, sie in Betracht zu ziehen. So erscheinen im allgemeinen die Erklärungen Baldwins sehr beachtenswert sowohl wegen des Wunsches, die gemeinsame Linie der Alliierten nicht zu sprengen, als auch wegen der Ankündigung einer energiegelosen englischen Initiative. Das Blatt bestätigt ferner die Richtigkeit der Darstellung Baldwins, wonach die englische Anschauung sich grundlegend mit der Italiens decke.

Die französisch-britische Allianz.

Paris, 15. Juli. Im Departement Dife hielt Ministerpräsident Poincare eine Rede anläßlich der Enthüllung eines Kriegerdenkmals, die in anbetrach ihres politischen Anstrichs als eine Antwort auf die englische Regierungserklärung angesehen werden kann und der der halbamtliche Temps eine politische Bedeutung beimißt. Poincare kam in seinen Ausführungen wiederum, wie stets bei derartigen Anlässen, auf die „deutschen Provokationen“ und Akte der „Barbarei“ der deutschen Heere zu sprechen. Er fuhr dann fort: In den vier Jahren des Krieges ist Frankreich viel stärker mitgenommen worden, als jedes andere Land. Was aber hat er erlangt und was hat es als Preis für seine Opfer und seine Leiden erhalten? Territoriale Entschädigungen keineswegs, während befreundete Nationen ihre Grenzen hinausgehoben und teilweise die Grenzen nach ihrem strategischen Interesse erlangten, haben wir einfach nur das wieder erlangt, was der Friedensvertrag von Frankfurt uns durch Gewalt entzogen hat. Das Elfaß ist uns nicht einmal innerhalb seiner Grenzen von 1814 zurückerrstattet worden.

Wie hat man unsere Zurückhaltung und Mäßigung belohnt? Auch die Nationen, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, haben sich von Deutschlands Aus-

rufen: „Das kriegerische Frankreich“, „das imperialistische Frankreich“ usw. beeinflussen lassen. So bedeutungsvoll diese Aufgaben auch sind, einst werden sie doch vor der Wahrheit zerfallen. Unsere Absichten sind heute die gleichen wie gestern. Wir verlangen keinen Zoll fremden Bodens, wir wollen nur, daß der auch von anderen Nationen unterzeichnete Friedensvertrag nicht als Preis für ein archaisches Museum betrachtet wird. Frankreich habe keineswegs den Wunsch, daß Deutschland zusammenbreche, weil ein Gläubiger den Zusammenbruch seines Schuldners nie wünschen könne, besonders, wenn dieser Schuldner wie Deutschland in der Lage sei, sich rasch wieder empor zu arbeiten.

Auch habe man Frankreich vorgeworfen, daß es Deutschland nicht schone und daß es seinen Zusammenbruch unter dem auch alle anderen Völker leiden würden, verursachen wolle. Sei Deutschland in den letzten 3 Jahren nicht geschont worden? Habe man ihm nicht die Nichterfüllung aller seiner Verpflichtungen zugestanden, so daß Frankreich 100 Milliarden für den Wiederaufbau habe bezahlen müssen, Habe man nicht gebuddelt, daß es seine Handelsflotte wieder aufrichte, seine Wasserstraßen und sein Eisenbahnwesen ausbaute, daß seine große Industrie auf Kosten seiner Gläubiger sich bereicherte. An dem geschloffenen Willen aller Alliierten würde zweifellos dieser fortgesetzte schlechte Wille gebrochen worden sein, aber Deutschland habe auf die Meinungsverschiedenheiten spekuliert. Es habe alles getan, um sich zu weigern und es habe sich ermutigt geglaubt, jedoch man keinen anderen Ausweg gesehen habe, als zum Zwang zu greifen und Pfänder zu nehmen. Wenn alle Alliierten gemeinsam die notwendigen Maßnahmen getroffen hätten, hätte man alle Ursache gehabt, anzunehmen, daß Deutschland sich sofort gefügt hätte. Wenn Frankreich nicht in das Ruhrgebiet einmarschiert wäre, wäre Deutschland trotzdem dem Abgrund entgegen gegangen, aber Frankreich hätte dann mit leeren Händen zusehen müssen, während es heute ein Pfand in der Hand halte, das es ihm erlaube, sich eventuell bezahlt zu machen. Dieser Entschluß sei Frankreich durch sein eigenes Interesse aufgezwungen worden. Er (Poincare) könne sich rühmen, stets ein treuer Anhänger der französisch-belgischen Allianz gewesen zu sein. Poincare schloß, indem er sagte: Wenn man ein Interesse an dem Friedensvertrag habe, wenn man die Entwicklung zum Frieden in Frankreich stärke, dann dürfe man auch nicht das neue Statut von Mitteleuropa zerreißen und die Freunde in der Tschecho-Slowakei, in Rumänien und in Südspanien bedrohen lassen. Man werde nicht die Wiederaufrichtung dem Kabinett erleichtern, sondern in kurzer Zeit Unordnung und Chaos schaffen. Dadurch, daß Frankreich seine Rechte verteidige, verteidige es auch die seiner Alliierten. Wenn Frankreich die Bedingungen des Friedens anfrecht erhalte, erhalte es den Frieden selbst aufrecht und arbeite nur für die Menschlichkeit.

England wird auf seiner Politik beharren.

London, 14. Juli. Die Times schreiben in einem Leitartikel, es sei notwendig, daß die Völker des Kontinents begriffen, daß die von der Regierung abgegebene Erklärung die Ansichten Englands wirklich vertrete. England könne nicht länger einer Lage zustimmen, in der seine eigenen Absichten, Interessen und Wünsche unberücksichtigt gelassen würden. England hoffe, daß seine eigene Unerschrockenheit zu Frankreich von diesem soweit erwidert werde, daß es in stande sei, den britischen Antwortentwurf freimütig in Erwägung zu ziehen. Der beklagenswerte Zustand Deutschlands sei nicht allein auf die Ruhrbesetzung, sondern auch auf die Finanzpolitik und den Mangel an Wirklichkeitsinn zurückzuführen. Die Ruhrproportion beschleunige den Prozeß nur; der britische Plan sei, die Möglichkeit einer vernünftigen Lösung, die in dem letzten deutschen Angebot enthalten sei, zu benutzen. Großbritannien werde also handeln und auf seiner Politik beharren.

Beneßchs Plan.

Paris, 12. Juli. Wie der „Temps“ aus London meldet, sind die englischen Minister heute zusammgetreten, um einen von dem tschechischen Minister Dr. Beneßch vorgelegten Plan zu besprechen, der Deutschland unter dieselbe finanzielle Zwangsverwaltung wie Oesterreich stellen würde. Durch Vernichtung dieses Planes glaubt man, die deutschen Finanzen zur Gesundung bringen, die Mark festigen, das deutsche Eigentum, das als Hypothek den Alliierten überantwortet sei, für die Reparationen nutzbar machen und schließlich die deutschen Großindustriellen für ihre strafbare Selbstsucht büßen lassen zu können. Der „Temps“-Korrespondent bemerkt, auf ein solches Programm würden sich vermutlich alle Alliierten einigen können. — Ueber die Rolle des tschechisch-slowakischen Außenministers Beneßch schreibt der „Petit Parisien“, man müsse sich der wohlwollenden Rolle erinnern, die Dr. Beneßch zur Zeit der Konferenz von Genua gespielt habe. Man könne sicher sein, daß dieser hervorragende Staatsmann bei der englischen Regierung für die Wiederherstellung der Entente sich eingesetzt habe. Jedoch müsse man die englische Regierungserklärung abwarten, bevor man voraussetzen könne, ob seine Bemühungen von Erfolg gewesen wären.

Italien vor einer inneren Krise?

Rom, 13. Juli. In den heutigen Morgenstunden wurde hier die innerpolitische Lage als nicht mehr so einfach angesehen. Nachdem gestern der liberale Abgeordnete Amendola sehr heftig die neue Wahlreform angegriffen und dabei auf vielen Seiten der Kammer Beifall gefunden hatte, bringt der Popolo d'Italia einen rüchichtslosen Ausfall gegen die Kammer überhaupt. Dieser scharfe Ton, der an die ersten Tage des März auf Rom erinnert, spiegelt sich in den andern Blättern der sozialistischen Regierung wieder. Man behauptet auch, daß die Regierung nicht bereit sei, mit sich paktieren zu lassen, und daß Mussolini die Kammer vor ein Entweder-Oder stellen werde.

Abermals Krach in Lausanne.

Lausanne, 12. Juli. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und den Türken über die Räumung der Dardanellen durch die alliierten Kriegsschiffe und in der Konzessionsfrage führten in der heutigen Sitzung zu einer neuen Verschärfung der Lage. Die Alliierten brachen schließlich die Sitzung ab, ohne eine neue Zusammenkunft einzuberufen, und erklärten, daß der türkische Widerstand in der Konzessionsfrage in Widerspruch stehe zu den am Sonntag getroffenen Vereinbarungen und daß, wenn ihre Haltung sich nicht ändere, damit auch alle anderen Abmachungen über die Kuponfrage und die Räumung Konstantinopels, d. h. die gesamte grundsätzliche Einigung vom Sonntag, hinfällig seien. Die Alliierten werden von neuem an ihre Regierungen berichten. Diese neue Wendung rief begreiflicherweise beträchtliche Aufregung hervor. Ein vollständiges Bild der Lage ist jedoch noch nicht zu erhalten, da bisher nur alliierte Mitteilungen über die Sitzung vorliegen und die türkische Delegation sich erst später äußern wird. Auch in türkischen Kreisen werden die Vorgänge in der gestrigen Sitzung als ernst bezeichnet. Man erklärt aber, daß es sich nur um eine scharfe Krise in Einzelfragen, jedoch nicht um eine wirklich gefährliche Krise der Konferenz handle. Es sei unzutreffend, daß die Türkei in der gestrigen Sitzung irgendwelche früher getroffenen Abmachungen in der Konzessionsfrage wieder rückgängig gemacht habe.

Die Gefährlichkeit des Wettrüstens.

London, 13. Juli. Im Oberhaus kam es gestern abend zu einer Erörterung über die Frage der Rüstungen. Lord Salisbury erklärte, die Regierung sei von der Gefährlichkeit des Rüstungswettbewerbs überzeugt! Bei der Vergrößerung der Luftstreitkräfte habe sie sich keiner Uebertreibung schuldig gemacht; der einzige Vorwurf, der ihr gemacht werden könne, sei, daß sie nicht weit genug gegangen sei. Die britische Regierung wünsche ein Abkommen über die Luftrüstungen nach dem Vorbild des Washingtoner Vertrages zu erreichen. Sie werde sich bemühen, diese Politik durchzuführen, sobald die Lage Europas etwas weniger gespannt sei; vorläufig wären entsprechende Vorstellungen zwecklos und würden sicherlich mißdeutet werden.

Lord Grey bezeichnete die Neigung zur Rückkehr zum alten Wettrüsten als besorgniserregend. gab aber zu, daß die Regierung die Luftstreitkräfte habe vermehren müssen, denn England sei besonders gefährdet, da seine lebenswichtigen Zentren durch die Luft besser zu erreichen seien, als dies bei den Ländern des Kontinents der Fall wäre. Wenn das Land schußlos solchen Angriffen ausgesetzt bliebe, wäre eine Revolution sicher. Der Rüstungswettbewerb zwischen den beiden in der Luft stärksten Mächten, England und Frankreich, die während des Krieges treue Alliierte gewesen seien, sei kein günstiges Zeichen für die Zukunft. Die Fortsetzung des Wettrüstens berge die Gefahr eines neuen Krieges in sich, der schlimmer wäre als der letzte. Ein neuer Krieg würde überhaupt den Untergang Europas bedeuten. Es sei aber noch nicht einmal sicher, ob Europa sich von dem letzten Krieg erholen werde. Der einzige Ausweg liege in dem Völkerbund, und nur durch diesen könne auch dem Wettrüsten ein Ende gesetzt werden. Außer dieser Angelegenheit wurde in der Oberhaus-Sitzung die Frage des Flottenstützpunktes Singapur erörtert, die vor allem Lord Grey lebhaft beschäftigte. Dieser betonte, der einzige Gegner der in Betracht kommen könnte, sei Japan. Ein Konflikt mit diesem Lande sei aber unwahrscheinlich; außerdem entspreche der Plan dem Geiste des Washingtoner Flottenabkommens.

Unter der Fremdherrschaft.

Vorübergehende Besetzung von Barmen.

Barmen, 13. Juli. Heute früh zwischen 6 und 7 Uhr rückte eine große Abteilung französischer Truppen aller Waffengattungen, die aus der Richtung Haglinghausen kamen, hier ein und besetzten die öffentlichen Gebäude, wie Rathaus und Post, sowie sämtliche Barmener Bahnhöfe. Der Fernsprechverkehr ist zur Zeit noch nicht unterbrochen. Auf den Bahnhöfen wurde heute morgen 9 Uhr bereits die Kontrolle ausgeübt. Die Franzosen befinden sich zur Zeit im Anmarsch auf Elberfeld von Kronenberg her. Die Franzosen sind gegen 1 Uhr aus Barmen vollständig wieder abgerückt. Bei einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister, der während der vorübergehenden Besetzung in seinem Dienstzimmer festgehalten wurde, wurde diesem laut B. Z. von einem Dolmetscher erklärt, es handle sich bei dem Vorstoß um eine Strafmaßnahme gegen die Schutzpolizei wegen des Zwischenfalls an der Runsdorfer Grenze. Irgend welche Eingriffe in die Kassenbestände der Reichsbank oder der Stadt sind nicht erfolgt.

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

47) Nachdruck verboten.
Der alte Kaufherr war sehr erfreut. Er lud Franz zum Mittagessen ein und öffnete ihm sein Haus. Man zeigte Franz, daß er ein willkommener Gast war. Nur Liselotte ließ es ihn fühlen, daß sie ihn nicht gern mochte. Trotzdem gab er sich alle Mühe, ihr zu gefallen. Sie war reich, aus angesehenere Familie, sie war klug und gut, so wie er seine Frau wünschte. Die Liebe mit ihren Seltsamkeiten, wie die Dichter sie beschrieben, erklärte Franz für Phantasterei, an sie glaubte er nicht. Liselotte war ihm sympathisch, und deshalb glaubte er, gut mit ihr auskommen zu können.
Doch Liselotte verhielt sich dauernd ablehnend ihm gegenüber, und als er deutlicher mit seinen Absichten hervortrat, wurde sie noch zurückhaltender. Ja, sie ließ es ihn wiederholt fühlen, daß er ihr unsympathisch war, sie verlegte, sie beleidigte ihn. Kurz, sie wollte nichts von ihm wissen.
Dann begann er sie zu hassen. Aber er gab sie nicht auf. Seine Frau sollte Liselotte werden. Und dann würde er sich an ihr rächen. Sie sollte erfahren, was er begangen. Alles wollte er ihr mitteilen. Sie war dann seine Frau und konnte ihn nicht verraten, nicht dem Richter ausliefern. Sie mußte alles mit ihm tragen, und nichts konnte sie daran ändern, daß sie die Gattin eines Verbrechers war.
So hatte Franz es sich ausgedacht, und über seinen Nachgelassenen war er nahe daran gewesen, seine Schuld weniger schwer zu empfinden. Er fand des Nachts wieder Schlaf und der Schatten des Todes verfolgte ihn nicht so beharrlich wie bisher.
Es war an einem Sonntag, Er war bei Liselottes Eltern zu Tisch geladen. Es war nach dem Essen. Die alten hatten sich zu kurzer Ruhe zurückgezogen, die jungen Leute ergingen sich in dem großen Garten.
Auch Franz schritt an Liselottes Seite dahin. Er überlegte noch, durch welche Schmeicheleien er ihre abweisende Kälte überwinden könne.

Eine Abfuhr der Separatisten.

Wiesbaden, 14. Juli. Hier werden neue Anbiederungsversuche der rheinischen Separatisten an die Arbeiterschaft bekannt. Man ist an die hiesigen Gewerkschaften herantreten mit der Frage, ob, falls es zur Ausrufung der rheinischen Republik käme, die Sozialdemokraten einige Vorteseuilles übernehmen würden. Die Gewerkschaften haben das Angebot sofort abgelehnt und der Regierung Mitteilung gemacht. Bei den Kommunisten haben sich die Rheinbündler die gleiche Abfuhr geholt. Viel bemerkt wird auch die Tatsache, daß die französischen Behörden in den Geschäften jetzt in Franken bezahlen, während sie bisher die Forderung nach Frankenbezahlung verboten und sogar mit Gefängnisstrafe belegt hatten.

Gegen die Uebertragung der Separatistenbewegung ins Ruhrgebiet.

Paris, 14. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Essen ist in einer Versammlung der Vertreter der Freien Gewerkschaften am 10. Juli in Essen das Bestreben, die separatistische Bewegung aus dem Rheinland auch nach dem Ruhrgebiet zu tragen, scharf verurteilt worden. Die Anwesenden haben in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß 1 200 000 Arbeiter, die von ihnen vertreten werden, sich den Bemühungen der Separatisten mit aller Kraft widersetzen werden.

Drei weitere Todesurteile.

Paris, 14. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Aachen hat das belgische Kriegsgericht in Aachen 3 Deutsche, die in der Meldung ohne nähere Angabe als Saboteure bezeichnet wurden, zum Tode verurteilt. Ihre Namen sind Graf von Keller, Ludwig Schulz und Pingender; ein vierter Angeklagter namens Lorbeer ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

Zum heutigen französischen Nationalfest.

In dieser Woche erlebte die Ruhraktion der französischen Soldateska ein kleines Jubiläum, da ein halbes Jahr ihres verbrecherischen Tun und Treibens abgelaufen ist. Wenn Paris heute das große französische Nationalfest feiert, können die traurigen Heldengestalten der Einbrecher-, Räuber- und Mördergarde im Paradeschritt französischen Stils vor Poincare und den Generälen der schwarzen und weißen französischen Soldateska vorbeidestrieren. Der Pariser Mob und die edlen Chauvinistenschreier werden ihnen jubeln, während Tausende und Abertausende auf deutschem Boden in Verzweiflung aufschreien und knirschend die Fäuste ballen gegen ihre sadistischen Quäler.

Mark und Franken.

In einem „Mark und Franken“ überschriebenen Leitartikel einer Hamburger Zeitung, der von einem angesehenen Mitglied der führenden Wirtschaftskreise Hamburgs stammt, heißt es, Frankreich wisse genau, daß die Mark trotz ihrer Schwäche dem Franken überlegen ist, wenn Deutschland sich in dem jähen Abwehrkampf nicht zermürben läßt. Das Vorgehen Frankreichs sei von der inneren Angst und dem Bewußtsein diktiert, daß der französische Bankrott eher hereinbrechen könne als der deutsche. Den Franzosen sei klar, daß es sich um einen Ringkampf zwischen Mark und Franken handelt. Sie gingen immer unverhüllter dazu über, die Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der deutschen Währung zu durchkreuzen. Ja, sie scheuten nicht einmal vor der Falschmünzerei zurück. Wir schlagen, schreibt das Blatt weiter, der Reichsregierung allen Ernstes vor, sich für den begangenen Milliardenraub und für die Falschmünzerei schuldig zu halten, indem sie in gleichem Umfang französische Banknoten herausgibt. Als Umrechnungskurs hätte dabei der Marktstand gegenüber dem Franken vor dem Ruhereinbruch zu dienen.

Englische Lieferungen während des Krieges an Deutschland?

z. „Morning Post“ bringt in einem Artikel sensationelle Enthüllungen über die angeblichen Lieferungen englischer Firmen an Deutschland während des Krieges, die sie einem Buche des Admirals Consett entnehmen, wo behauptet wird, daß in den Jahren 1914—1917 ein umfangreicher Export englischer Waren durch Vermittlung neutraler Staaten nach Deutschland stattgefunden habe. Andernfalls war der Krieg schon in einem halben Jahr, spätestens in einem Jahr zu Ende gewesen. „Morning Post“ fügt hinzu, daß eine schwere Anklage gegen die damalige Regierung gar nicht gedacht werden könne, da Lord Robert Cecil, der verantwortliche Minister, volle Kenntnis davon gehabt habe.

In der französischen Presse wird natürlich eifrig Gebrauch von dieser Meldung gemacht, da man zur Zeit ein Interesse

darin hat, England mit alten „Versehlungen“ in der Defizientlichkeit zu belasten, um der Druck auf die englische Politik in der Reparationsfrage zu verstärken.

Ein russischer Luft-„Flottenverrat“.

z. Nach Moskauer Meldungen hat dort eine Zusammenkunft der „Freunde der Luftflotte“ stattgefunden, bei welcher Gelegenheit Trozki eine bemerkenswerte Rede hielt. Trozki sagte unter anderem: „Es ist unbedingt erforderlich, eine enge Verbindung bei dem Bau der zivilen und militärischen Flugzeuge in konstruktiver Hinsicht herzustellen. Die zivile Luftflotte muß die Reserve der Militärflotte bilden.“ Ueber die Entwicklung der ganzen Bewegung führt er aus, daß sie sich seit ihrem Beginn im Februar 1923 sehr günstig entwickelt habe. Es seien bereits 14 Zweigorganisationen der „Bereinerung der Luftflottenfreunde“ gebildet. Ein finanzielles Sammelwerk mit Hilfe der Schulen und Zeitungen sei organisiert. Auch in der Ukraine breite sich die Bewegung aus. Die Sowjets rüsten also in aller Großzügigkeit auf allen Gebieten für den Tag.

Finnland und Rußland.

In diesen Tagen wurde eine ungeheuerliche Spionagegeschichte aufgedeckt. Ein wehrpflichtiger Soldat hat aus dem Kriegsministerium, in welchem er als zuverlässig galt, monatlang geheime Schriftstücke entwendet und durch Vermittlung eines kommunistischen Abgeordneten, Bolschewikenattaches für einige Stunden zum Abschreiben und Fotografieren überlassen. Dem Militärattache ist der Paß zugestellt worden. Er hat bereits die Grenze passiert. Die Presse ist empört und fragt an, wie lange die Regierung noch eine Partei duldet, die offen und heimlich den Landfeind unterstützt. Im übrigen wurde dieser Tage ein Vertrag mit Rußland abgeschlossen über den Verkehr auf der Nema. Nach wie vor wird Getreide aus Rußland ausgeführt, während der Export nach dort etwas nachgelassen hat. Der Handel nach dort liegt fast nur in finnischen und deutschen Händen. Englische, amerikanische und schwedische Schiffe sieht man immer seltener. Noch recht eifrig wird in der hiesigen und reichschwedischen Presse ein Zusammenarbeiten Schwedens und Finnlands auf militärischem Gebiet diskutiert.

Graf Bernstorff über die Politik der nächsten Wochen.

München, 14. Juli. Bei einem politischen Aufklärungsabend des jungdemokratischen Verbandes Bayerns sagte Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff, der ehemalige Botschafter in Washington, er glaube auf Grund seiner Fühlung mit einflussreichen Persönlichkeiten des Auslandes, vor allem Englands, folgenden Weg für die Außenpolitik der allernächsten Wochen zeigen zu können: Wenn England den Wunsch habe, die gesamten Fragen der Reparationen an den Völkerbund zu verweisen, hätte Deutschland allen Anlaß, diesem Wunsch entgegenzukommen, um nicht durch anderes Verhalten Frankreich in die Hände zu arbeiten. Alle bisher für unseren Eintritt in den Völkerbund vorhandenen Schwierigkeiten seien im wesentlichen beseitigt und es bestehe alle Aussicht, daß Deutschland mit gleichberechtigter Stimme in den Völkerbund kommen könne. Graf Bernstorff meinte weiter, man würde auch kein neues Geständnis zur Kriegsschuld das für Deutschland eine moralische Unmöglichkeit wäre, verlangen. Eine radikale Erfüllungspolitik sei die alleinige patriotische Politik Deutschlands. Die Frage der Reparationen heiße jetzt nichts anderes als die Frage der Festsetzung des Lösegeldes für Rhein und Ruhr. Denn erstes und letztes Ziel der Außenpolitik müsse sein, Rhein und Ruhr freizumachen. Sowohl radikale Erfüllungspolitik, aber auf einem ebenso radikalen Boden. Erst müssen wir wissen, was wir endgültig leisten sollen und können. Wir wollen die Früchte unserer Arbeit auch sehen, dann erst tritt der rechte Erfüllungswille allgemein ein. Das sollten unsere Diplomaten mehr, als bisher, betonen und in erster Linie in den Vordergrund stellen.

Graf Lerchenfeld über seine Amerikareise.

München, 14. Juli. Vor einem geladenen Publikum sprach gestern Graf Lerchenfeld über seine Amerikareise. Er sei überall gut aufgenommen worden, nur einmal in Dhoma sei er das Opfer der amerikanischen Legion geworden, die noch unter der Kriegspolizei stehe. Seine Aufgabe war eine rein philanthropische um eine Kinderhilfe. Es war natürlich nicht immer zu vermeiden, auch in gewissem Sinne politisch zu wirken, um die auf politischem Gebiet liegenden Hemmungen zu überwinden. Man glaubt drüben immer noch an die Schuld Deutsch-

gewesen sein! Und der sollte sein Kind, welches er wie eine Prinzessin hielt, verstoßen und den Neffen, welcher ihm nur Enttäuschungen bereite, mit seinem Reichthum überschüttet haben? Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu begreifen, daß hier etwas geschehen ist, was mit dem letzten Willen des verstorbenen Herrn Harnisch in direktem Widerspruch steht! Und darum habe ich ein Grauen vor Ihnen, und ich würde lieber sterben, als Sie heiraten!

Wie vom Blitz getroffen, stand Franz bei diesen ihm ins Gesicht geschleuderten Anklagen. Sein Gesicht war fahl bis in die Lippen. Er wollte sprechen, doch kein Ton rang sich aus seiner Kehle.

Und alle hörten, was Liselotte ihm zurief, alle sahen, wie es ihn traf.

War es wirklich nur Zufall, daß all die jungen Leute hierher geeilt waren, oder handelte es sich um eine abgekartete, von Liselotte in Szene gesetzte Sache?

Jedenfalls hatte Liselotte ihren Zweck, wenn auch auf eine graufame Weise, erreicht.

Franz murmelte etwas, das wie „unverhörte Beleidigung“ klang, wie „Genugtuung geben“ und „Staatsanwalt“, dann wandte er sich, hastete zum Hause zurück, nahm seinen Hut und Paletot und stürzte fort.

Er legte den ziemlich weiten Weg bis zu seiner Villa in einem rasenden Tempo zurück. Wie von Furien gejagt, rannte er.

An allen Gliedern zitternd, mit wirrem, unstetem Blick, betrat er sein kühles lauschiges Heim.

Doch auch hier fand er keine Ruhe.

Er tastete von einem Raum in den anderen und konnte sich zu keinem klaren Gedanken durchringen.

Dieses Mädchen, dieses böse, gehässige, niederträchtige Weib! O, daß sein Auge niemals auf dieses arglistige Geschöpf gefallen wäre! Sie hatte gefügt, die Schlange, sie hatte ihn dort unmöglich gemacht, er konnte in jenes Haus nicht zurückkehren!

Aber war ihm wirklich nur diese eine Tür verschlossen? War es nicht vielleicht bereits Stadtgespräch, daß er das Erbe seines Oheims erschlichen, daß er schuld an seinem Tode war?

Da blieb Liselotte plötzlich stehen. Aus ihren kühlen grauen Augen sah sie Franz durchdringend an. Sie sagte:

„Es ist vergeblich, daß Sie sich um mich bemühen, mein Herr. Ich gehe lieber in den Tod, als daß ich Sie heirate!“

Er war bleich geworden. Und aus welchem Grunde sind Sie so graufam gegen mich, Fräulein Liselotte? Ich habe Ihnen nie etwas zuleide getan.“

„Sie beleidigen mich, so oft Sie zu uns kommen! Ich habe Ihnen offen gezeigt, daß Ihre Gegenwart mir lästig ist; trotzdem hören Sie nicht auf, mir Schmeicheleien zu sagen, die Ihnen wahre Empfindungen für mich nicht entsprechen, die erheuchelt sind.“

„Ich bin verbittert, weil Sie mich schlecht behandeln. Aber wenn Sie glauben, daß Ihr Widerstand mich abschreckt, sind Sie im Irrtum. Ich halte jähre fest an dem, was ich mir vorgenommen. Ich habe den Beistand Ihrer Eltern. Sie werden meine Frau, auch gegen Ihren Willen. Meine Wahl ist auf Sie gefallen, und ich gebe Sie nicht wieder frei. Was haben Sie an mir auszusetzen? Ich bin angesehen, reich.“

„Ein Erbfeindlicher sind Sie in meinen Augen!“ unterbrach ihn Liselotte mit erhöhter Stimme. Und ihr erregtes Wesen schien die in der Nähe luftwandelnden Freundinnen fähig zu machen, Sie eilten herbei und winkten noch anderen jungen Leuten zu. Im Halbkreis standen sie jetzt um Liselotte und Franz.

„Wir sind nicht mehr allein,“ stammelte er, „bitte, beherrschen Sie sich, Fräulein Schöler!“

Sie schien ihn nicht zu hören. Noch lauter als vorher fuhr sie fort:

„Weiß der Himmel, wie Sie zu dem Reichthum gekommen sind! Für Sie war derselbe sicher nicht bestimmt! Alle Welt weiß, daß Sie in keinem guten Verhältnis zu Ihrem Oheim standen, daß er nichts von Ihnen hielt. Er liebte seine Tochter über alles! Und nun er gestorben ist, sind Sie im Besitz seines Vermögens und sein Pflegekind, das er behütet wie seinen Augapfel, geht leer aus, ist gezwungen, in dienender Stellung ihr Brot zu suchen? Wie geht das zu? Herr Harnisch soll ein so gütiger, gerechter und großartiger Mensch

lands. Wenn man, wie es Kerchenfeld getan hat, mit allen möglichen Persönlichkeiten und namentlich in hervorragenden Klubs zu sprechen Gelegenheit hat, ist es notwendig den Schein jeder Propaganda, namentlich in der Kriegsschuldfrage, zu vermeiden. Die öffentliche Meinung in Amerika ist schon vor dem Krieg gegen Deutschland ausgebeugt worden, später kamen dann die Greuelnachrichten, welche nach dem Luftanfall wahre Orgien feierten, hinzu. Man soll sich im allgemeinen nicht zu großen Hoffnungen hingeben, denn Amerika kümmert sich nicht mehr viel um Europa und es ist noch viel Kleinarbeit zu leisten, bis die Amerikaner objektiver zu sehen beginnen. Auf eine Intervention der Vereinigten Staaten ist nicht zu rechnen. Nur eines mache drüben großen Eindruck, das sei die deutsche Einigkeit.

Der Reichskanzler an Amerika.

New York, 15. Juli. Der Reichskanzler wendet sich in einer an den Präsidenten Harriman von der United America eine gerichteten Botschaft an das amerikanische Volk und spricht dabei die Hoffnung aus, daß die Völker von Amerika und Deutschland sich in wechselseitiger wirtschaftlicher Arbeit zusammenschließen. Den Anlaß zu dieser Rundgebung bildet die für morgen erwartete Ankunft des neuen Dampfers „Albert Ballion“.

Länder- und Außenpolitik.

Dieser Tage hat sich in der Wilhelmstraße in Berlin ein Vorgang abgespielt, über dessen Einzelheiten die amtlichen Stellen geistlich hinweggegangen sind, so interessant seine Vorgeschichte und seine Entwicklung auch war. Der sächsische Ministerpräsident Zeigner hielt sich nämlich einige Tage in Berlin auf und hatte vorgestern eine Aussprache mit dem Reichskanzler. Ueber den Gegenstand und den Verlauf dieser Unterredung ist von beiden Seiten Stillschweigen verabredet worden. Es ist jedoch anzunehmen, daß einer der Hauptpunkte der Besprechung die kürzliche Rede Zeigners in Niederplanitz gewesen ist, bei der eine Äußerung über den passiven Widerstand heftige Kritik herausgefordert hat. Ministerpräsident Zeigner der bekanntlich sehr jung, sehr radikal und in der Politik sehr unerfahren ist, hatte es für richtig gehalten, sich für die Einstellung des passiven Widerstandes einzusetzen, und er hat sich dadurch nicht nur zu allen bürgerlichen Kreisen und Parteien, sondern auch zu der gewaltigen Mehrheit seiner eigenen Partei, der sozialdemokratischen, in schärfsten Widerspruch gesetzt. Wie zu erwarten war, hat die Rede des sächsischen Ministerpräsidenten dagegen bei unseren Feinden lebhafteste Genugung erweckt. Soweit wir orientiert sind, ist bei der Unterhaltung zwischen Dr. Cuno und Dr. Zeigner eine Verständigung die Art und Maß außenpolitischer Betätigung der Vertreter deutscher Länder festgelegt, zum mindesten angebahnt worden. Die Rede Zeigners hat für den Leiter der Reichspolitik die Notwendigkeit einer derartigen grundsätzlichen Auseinandersetzung ergeben. Die ungläubliche Torheit der Zeignerschen Äußerung, erhellt besonders aus der Tatsache, daß zum Beispiel gerade jetzt von belgischer Seite zugegeben wird, daß das Ruhrgebiet unproduktiv geworden ist und zwar durch die Unerschütterlichkeit des passiven Widerstandes, dessen Dauer man seinerzeit in Paris und Brüssel auf höchstens einmonatig schätzte. Die Produktivität der Ruhrbesetzung bleibt aber der Angelpunkt der Poincaréschen Politik. Bleibt der passive Widerstand in allen besetzten Gebieten unerschütterlich, so läßt sich die Produktionsmachung nicht durchsetzen, und die französische Ruhrpolitik muß zusammenbrechen. Wenn wir Herrn Zeigner folgen, brechen wir vorher zusammen. Bleibt aber die Etappe ebenso fest, wie die kämpfende Front, so muß Poincaré nachgeben.

Deutsche Auslandpropaganda.

Aus Paris geht uns wieder einmal eine recht erquickende Meldung zu. Wie die „Ere nouvelle“ meldet, hat bei der zur Zeit in Paris tagenden Liga für Menschenrechte auch der Leiter der im vaterländischen Sinne berichtigten „Welt am Montag“, die in Berlin erscheint, Herr von Gerlach, das Wort ergriffen und dabei wiederholt erklärt und betont, es sei erneut festgestellt worden, daß Deutschland am Kriegsausbruch einen überwiegenden Teil der Schuld habe. Wir hätten deshalb nicht nur die materielle, sondern auch die moralische Verpflichtung, die Leistung der Reparationen sicherzustellen. Wir können von hier aus nicht feststellen, ob Herr von Gerlach diese weisheitsvollen Worte gesprochen hat. Zutrafen ist ihm das ohne weiteres. Ist das aber der Fall, dann wäre das ein ganz unerhörter Skandal. Was dieser Verräter an der guten Sache des Vaterlandes für Fensterhebeln damit einwirft, deren Wiederherstellung Volks- und Reichsregierung bezahlen müssen, ist ansehnlich jenem wie den letzteren nicht klar. Wäre das der Fall, dann müßte es doch eigentlich undenkbar sein, auch diesem Manne wieder ausgerechnet in dieser Stunde Paß und Auslandsreisegelegenheit zu geben. Wir wünschen der Reichsregierung wirklich keine Angelegenheiten in ihrer keineswegs schönen Lage, uns treibt auch nicht die Schadenfreude, wenn ihr aber hier einmal ernste und nicht leicht zu beseitigende Folgen erwachsen, so könnte das vielleicht mal ein Lehrgeld sein, dessen Preis und Höhe sie nun vielleicht endlich sich auf ihre nationalen Pflichten besinnen läßt.

Wie war doch die Reihenfolge? Breitscheid in London — Schlichting in Kopenhagen — Gerlach in Paris — fürwahr — „ist es schon Tollheit, hat es doch Mode“. Wie sagt der Engländer? Recht oder Unrecht, es geht um mein Vaterland. Nur der deutsche Michel erniedrigt sich immer noch mit Selbstanklagen, wenn bereits einwandfrei die Kriegspolitik unserer Feinde festgestellt ist.

Ein Gerücht und eine Warnung.

Seit einigen Tagen läuft im besetzten und unbesetzten Gebiet das Gerücht um, die Verhandlungen mit der Entente seien schon soweit gediehen, daß in der allernächsten Zeit mit der Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebs in den besetzten Gebieten durch die deutsche Verwaltung gerechnet werden müsse. Wie uns mitgeteilt wird, ist hierdurch die Handels- und Verkehrswelt schon im erheblichen Umfang veranlaßt worden, Güter zur Verfrachtung bei den Franzosen aufzugeben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses auf die Leichtgläubigkeit der Menge berechnete Gerücht lediglich auf absichtliche Ausstreunungen der Franzosen beruht, die mit allen Mitteln versuchen, ihre Stellung bei den kommenden Verhandlungen zu stärken. Ihr Bestreben geht vor allem dahin, der Welt vorzutäuschen, daß sie in Gemeinschaft mit den Belgiern den Betrieb der Eisenbahnen im besetzten Gebiet vollkommen in der Hand hätten, und daß der Verkehr von Tag zu Tag in erfreulicher Zunahme begriffen sei. Es ist dringend geboten, die gesamte Geschäftswelt auf die drohende Gefahr hinzuweisen, die durch die Ausstreunungen der Franzosen hervorgerufen wird. Dringender denn je ist, besonders in diesem Augenblick die Forderung, den Zügen der Franzosen fernzubleiben, kein Gut ihnen zur Verfrachtung zu überlassen und alles zu vermeiden, was ihren Absichten in irgend einer Weise Vorstoß leisten könnte.

Michaels und das Kaiserthum.

Kopenhagen, 13. Juli. Der frühere Reichskanzler Michaels der sich zurzeit in Nyborg aufhält, um sich mit der christlichen Studentenbewegung in Dänemark bekannt zu machen, hat sich einem Mitarbeiter des Sjns Venstreblad gegenüber bezüglich der deutsch-dänischen Grenzfrage geäußert. Herr Michaels erklärte u. a.: Die Nordschleswigsche Frage ist nach meiner Meinung entschieden. Wir Deutschen haben uns in logaler Weise vor der Entscheidung gebeugt. Die jetzige deutsch-dänische Grenze ist festgelegt und es ist die Aufgabe beider Völker, daran zu arbeiten, den Frieden zwischen einander zu stärken, anstatt chauvinistische Propaganda zu treiben. Wir deutscherseits haben unsere Propaganda in der schleswigschen Frage aufgegeben; es ist an den dänischen Chauvinisten, es ebenso zu tun. Es geht nicht mehr in der bisherigen Weise. Die Bevölkerung ist befragt worden und hat entschieden; ihr Wille ist erfüllt worden. Hiermit sind wir Deutsche zufrieden; auch die Dänen müssen es sein. Auf die Frage, ob er als alter Monarchist den Kaiser zurückwünsche, äußerte Herr Michaels, die Frage der Wiedereinführung des Kaiserthums in Deutschland interessiere das Ausland sehr und ich bin oft darüber gefragt worden. In Deutschland wird diese Frage überhaupt nicht mehr diskutiert; (?) sie existiert nicht. Jeder ist sich darüber klar, daß die Zeit des Kaiserreichs vorbei ist und daß die Hohenzollern nicht wiederkehren. Dies ist eine Tatsache, mit der sich die früheren Monarchisten abgefunden haben.

Reichswirtschaftsrat und Währungsfrage.

Berlin, 13. Juli. In einer gemeinsamen Sitzung beschäftigte sich gestern der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats mit der Währungsfrage. Der Berichterstatter, Dr. Helfferding, wies darauf hin, daß die Privatwirtschaft sich immer mehr von der Staatswirtschaft losgelöst habe und zur Goldrechnung übergegangen sei. Der Staat müsse daher ebenfalls zum Goldetat kommen. Nach einer längeren Debatte nahmen die Ausschüsse eine Entscheidung an, in der die Regierung aufgefordert wird, durch ein System ineinandergreifender wirtschafts- und finanzpolitischer Mittel, unterstützt durch finanz- und währungstechnische Maßnahmen, dem rapiden Sturz der Mark, der wirtschaftliche und soziale Erschütterungen heraufzubewahren droht, Einhalt zu tun. Das Ziel aller Maßnahmen müsse eine Stabilisierung der Währung durch Herstellung des Gleichgewichts im Etat sein. Zur Vorbereitung dieses Zieles empfehlen die Ausschüsse eine Reihe von Maßnahmen. Die bestehenden Steuern sollen durch Vorauszahlungen unter voller Anpassung an die Geldbewertung wirksam gemacht werden. Das Reich solle Kredite und Stundungen nur auf Goldbasis und gegen Goldzins gewähren. Ferner wird regelmäßige kurzfristige Anpassung der Tarife von Eisenbahn und Post an die Geldbewertung und eine Reform der Vereinheitlichung der Einkommenerhebungs- und Vermögenssteuer verlangt. Die Finanzierung des Ruhrstreiks soll durch Zuschläge auf bestehende Steuern erfolgen. Schließlich soll eine langfristige Reichsgoldanleihe, die in Papiermark einzuzahlen wäre, ausgeben werden. Bezüglich der Reichsbank verlangt die Entscheidung den Uebergang von Papiermarkkreditgewährung zum Goldkredit, Diskontierung von Geldwechseln gegen Goldzins, Zulassung von Goldkonten, Fortführung der Stützungsaktion durch Bereitstellung eines ausreichenden Devisenfonds, zu dessen Bildung Devisenbestände der privaten Wirtschaft gegen Goldschahamweisung der Reichsbank heranzuziehen sind, schließlich Uebernahme der Garantie für die Verzinsung einer langfristigen, wertbeständigen Anleihe. Die Ausschüsse erklärten sich auch im Prinzip einverstanden mit der Einführung wertbeständiger Hypotheken und Obligationen.

Lujo Brentano über die Not der Zeit.

München, 15. Juli. In einer von der Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studenten veranstalteten Versammlung sprach gestern Geheimrat Lujo Brentano über die Befesung des Ruhrgebietes und die wirtschaftliche Not unserer Zeit, die er als eine Frage der Papiergeldwirtschaft bezeichnete. Diese wiederum sei aus der Anlehenswirtschaft während des Krieges entstanden. Zur Befesung sei die Beseitigung dieser Papiergeldüberflutung erforderlich, die freilich nur möglich sei, wenn die Regierung Tapferkeit beweiße und das Volk umzubedenken beginne in dem Sinne, daß es sein Interesse am Steigen des Dollars aufgebe. Die erforderlichen Mittel zur Regelung des Staatshaushalts könnten nur durch schärfste Anspannung der direkten Steuern hereingebracht werden, ein Gedankengang, der übrigens auch in weiten Kreisen der Industrie heimisch ist. Tapferkeit der Regierung werde gefordert, namentlich gegenüber jenen Kreisen, die ihre Hilfe für das Vaterland von Bedingungen abhängig machen zu können glauben. Gleicher Schutz und gleiches Recht müßten der großen sozialdemokratischen Partei gewährt werden, deren Mitglieder die Hauptträger des Widerstandes im Ruhrgebiet seien.

Die Not der freien Berufe.

Berlin, 13. Juli. Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates haben heute in einer gemeinsamen Sitzung Forderungen und Vorschläge zur Befesung der wirtschaftlichen Lage der freien Berufe angenommen. Danach soll für die Angehörigen der freien Berufe bei der Veranlagung zur Einkommensteuer ein Teil des Berufseinkommens bis zu einer gewissen zu bestimmenden Höhe freigelassen werden, sofern das Gesamteinkommen eine gewisse gesetzlich bestimmte Höhe nicht überschreitet. Mit der gleichen Beschränkung sollen die freien Berufe auch von der Umsatzsteuer befreit werden. Hiergegen brachte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums starke Bedenken vor. Weiter wird gefordert, daß die Regierung die auf Einführung einer Kulturbgabe abzielenden Bestrebungen unterstütze. Diese Kulturbgabe soll bei der Herausgabe von Werken von seit mehr als 30 Jahren verstorbenen Autoren geleistet werden, die nach dem Verlagsrecht frei geworden sind. Weiter wird für Schriftsteller, Komponisten und bildende Künstler eine Reform des Urheber- und des Verlagsrechtes im Sinne eines stärkeren Schutzes durch zwingende Vorschriften gefordert. Für Aerzte und Zahnärzte wird neben der Unterstützung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute die steuerfreie Abgabe des beruflich benötigten Alkohols, die Ermäßigung der Fernsprechgeldern um die Hälfte und in steuerlicher Hinsicht Gleichstellung der privaten Heilanstalten, die eine gemeinnützige praktische Tätigkeit ausüben, mit den öffentlichen Krankenhäusern gefordert. Für die Rechtsanwälte wird verlangt, daß es ihnen gestattet werde, Zeuenerzuschläge oder sonstige Honorare durch ihre Berufsverbände festzusetzen. Zugunsten der bildenden Künstler sollen freierwerbende Künstler, solange Nachfrage vorhanden ist, nur an bildende Künstler abgegeben werden dürfen. Schriftsteller und Tageschriftsteller, die infolge der Notlage der Presse beschäftigungslos werden, sollen aus Reichsmitteln eine ausreichende Unterstützung erhalten.

Die Flucht Ehrhardts.

Leipzig, 13. Juli. Kapitänleutnant Ehrhardt, gegen den am 23. Juli vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Verhandlung wegen Hochverrats, begangen durch Teilnahme am Kapp-Putsch, beginnen sollte, ist heute abend aus dem Gefängnis entflohen. Die Flucht wurde erst in der siebenten Abendstunde, unmittelbar nach dem Verschwinden Ehrhardts, entdeckt. Es herrscht große Bestürzung und man steht vor einem Rätsel, wie es Ehrhardt gelungen ist, auszubrechen. Das Untersuchungsgefängnis in der Beethovenstraße wurde von der Sipo umstellt, da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß Ehrhardt sich noch irgendwo in dem weitläufigen Gebäude verborgen hält. Mit der Vernehmung des Wachpersonals wurde sofort begonnen.

Leipzig, 14. Juli. Ehrhardts geheimnisvolle Flucht ist auch heute morgen für die Behörden noch ein Rätsel. Die Frage ist völlig dunkel; wie war es möglich, daß Ehrhardt 2 Eisengitter und eine Holztür des Gefängnisses passieren konnte, die nur von außen, also von der Seite des Amtsgerichtes her, aber nicht von innen aus dem Gefängnis heraus, geöffnet werden konnten. Wenn ein Beamter vom Innern des Gefängnisses nach außen gelangen will, so muß er ein Stöckchen geben, damit ihm aufgeschlossen wird. Zweifellos hat sich jener Beamte, der Ehrhardt nach beendetem Bad allein in den Baderaum zurückkehren ließ, wo er vergeblich seine liegengelassene Seife holen wollte, mindestens einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Die Aufsichtsbeamten hatten strenge Weisung, Ehrhardt keinen Augenblick unbeobachtet zu lassen. Die Helfershelfer müssen genau unterrichtet gewesen sein, daß Ehrhardt seinen Baderat für die Flucht ausersehen hatte. Nach Ansicht des die Untersuchung leitenden Oberregierungsrats ist es den Helfern gelungen, Gipsabdrücke von den Schlüsseln zu nehmen und mittels eines Nachschlüssels 3 von außen zu öffnende Türen aufzuschließen, gerade zu dem Zeitpunkt, als Ehrhardt wie jeden zweiten Tag, sein Bad nahm. Unerklärlich bleibt aber noch immer, wie es dem Aufsichtspersonal entgehen konnte, daß die Korridorüren des Gefängnisses offen waren. Vom Untersuchungsgefängnis gelangte Ehrhardt in das mit diesem durch Gänge verbundene Amtsgerichtsgebäude. Hier ist um diese Zeit stets ein reger Verkehr, so daß Ehrhardt mit seinem blauen Sakkoanzug, mit gelben Halbschuhen bekleidet, ohne Hut und Weste am Peterssteinweg unauffällig das Freie gewann.

Belohnung von 25 Millionen Mark.

Berlin, 14. Juli. Auf die Ergreifung des aus der Untersuchungshaft entflohenen Kapitänleutnants Ehrhardt ist eine Belohnung von 25 Millionen ausgesetzt worden. Der Reichskommissar für öffentliche Ordnung hat einem Vertreter der B. 3. gegenüber die Ansicht ausgesprochen, daß Ehrhardt innerhalb des Gefängnisses eine große Anzahl von Helfershelfern gehabt haben müsse; das gehe schon daraus hervor, daß er innerhalb des Gebäudes weite Strecken zurücklegen mußte, um aus dem Untersuchungsgefängnis in das angrenzende Amtsgerichtsgebäude zu gelangen.

Pariser Pressestimmen zur Flucht Ehrhardts.

Paris, 14. Juli. Die Flucht Ehrhardts wird hier als ernstes Symptom betrachtet. Die Nachricht hat in extremnationalistischen Kreisen die Hoffnung neu belebt, daß in Deutschland ein reaktionärer Putsch bevorsteht, der Frankreich einen Vorwand zu noch schärferem Vorgehen gegen Deutschland bieten wird. Die französischen gemäßigten Kreise hoffen, daß Ehrhardts Flucht die deutsche Linke zu entschiedener Haltung bestimmen wird.

Die neuen Postgebühren.

Ab 1. August das Dreieinhalbfache der jetzigen Gebühren. Ab 1. August werden die Postgebühren im allgemeinen um das Dreieinhalbfache erhöht. Es werden demnach kosten: Postkarten im Ortsverkehr 200 Mk., im Fernverkehr 400 Mk. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400, über 20—100 Gr. 600 Mk. usw. Im Fernverkehr kosten sie bis 20 Gr. 1000 Mk., über 20 bis 100 Gr. 1200 Mk. usw. Drucksachen bis 25 Gr. 200 Mk. usw. Päckchen bis 1 Kg. 2000 Mk. usw. Pakete in der ersten Zone bis 3 Kg. 2400 Mk., über 3—5 Kg. 2600 Mk., über 5—6 Kg. 4200 Mk. usw., in der zweiten Zone bis 3 Kg. 4800 Mk., über 3—5 Kg. 7200 Mk. usw., in der dritten Zone bis 3 Kg. 4800 Mk., über 3—5 Kg. 7200 Mk. Postanweisungen bis 10 000 Mark 800, über 10 000 bis 50 000 Mk. 1000 und bis 1 Million 4800 Mk. Zahlkarten bis 10 000 Mk. 200, bis 50 000 Mk. 250 Mk. usw. bis 2 Millionen (unbeschränkt) 2000 Mk. Gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr: Grundgebühr 1600, Wortgebühr 800 Mk. Im Ortsverkehr kostet die Grundgebühr 800, die Wortgebühr 400 Mk. Die Ortsgesprächgebühr beträgt 500, die Ferngesprächgebühr für über 5—15 Kilometer einschließl. 1500, für 500—600 Kilometer 22 500 Mk., jede weiteren angefangenen 100 Kilometer 3000 Mk. mehr. Die Jahresgrundgebühr bleibt bis Ende September 1923 unverändert. Der Reichstagsausschuß für Post- und Telegraphenwesen hat in einer Enschliesung dem Ministerium Vollmacht erteilt, am 1. September abermals eine Verdoppelung sämtlicher Gebühren vorzunehmen.

Baden.

Minister Dr. Hellpach in Prag.

Prag, 11. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Präsident Dr. Masaryk empfing am Sonntag, den 8. Juli, auf dem Stadtschloß den badischen Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Hellpach. Hierzu erfahren wir noch: Der Besuch des badischen Kultusministers beim Präsidenten der tschechoslowakischen Republik war schon vor mehreren Wochen mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Lufar, vereinbart worden. Die Unterredung der beiden Männer, die vor zwanzig Jahren in einem wissenschaftlichen Briefwechsel gestanden hatten, dauerte fast eine Stunde und berührte außer persönlichen und wissenschaftlichen Dingen auch Kernfragen der europäischen Krise und Neuordnungen, insbesondere die sozialen Fragen in den verfassungspolitischen Schöpfungen des neuen Europa. Minister Dr. Hellpach folgte während seines Prager Aufenthaltes außerdem einer Einladung des deutschen Gesandten, Staatsminister Dr. Koch und traf wichtige Vereinbarungen über Ferienaufenthalte von Studierenden der badischen Hochschulen in der Tschechoslowakei, wobei gleichzeitig eine Einführung in die sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Probleme dieses neuen Staatswesens gegeben werden soll. Das Organ der tschechischen Nationaldemokratie „Narodni Politika“ widmete dem Karlsruher Vortrag des Ministers Hellpach über das sterbende und werdende Europa einen ausführlichen Leitartikel, und das führende Blatt der Deutschböhmern, die „Bohemia“, würdigte den Erlaß Dr. Hellpachs über die Pflege der deutschen Sprache in den Schulen.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 16. Juli. (Gewitter.) Die tropische Hitze, die am Samstag ihren Höhepunkt erreicht hat, hielt auch am gestrigen Sonntag unvermindert an.

* Sinsheim, 14. Juli. (Bürgerversammlung.) In der gestrigen Sitzung wurde die Aufnahme eines Darlehens mit 40jähriger Amortisation zur Bezahlung der Kanalkation der neuen Siedlung genehmigt.

* Weiler, 11. Juli. (Verschiedenes.) In Feldern und Weinbergen sind infolge der langanhaltenden schlechten Witterung Blatt- und Pflanzenkrankheiten aufgetreten.

* Weibstadt, 15. Juli. (Firmung.) Am Freitag, 27. und Samstag, 28. ds. Mts. wird der hochw. Herr Erzbischof Dr. Carl von Freiburg der Jugend der hiesigen und benachbarter Pfarreien in der hiesigen Stadtpfarrkirche das Sakrament der Firmung spenden.

* Neckarbischofsheim, 15. Juli. (Säuglingsbad.) Den Bemühungen des Frauenvereins und der Wohltätigkeit der Leitung der hiesigen Goldwarenfabrik ist es gelungen, das Solbad am nächsten Dienstag eröffnen zu können.

* Unterschwarzach, 14. Juli. (Farrenverkauf.) Bei der gestern stattgehabten Farrenversteigerung wurde der untaugliche Farren aufs Gewicht verkauft, das Pfund Lebendgewicht zu 26 800 Mark.

Was kostet da das Pfund Fleisch, wenn solche Preise für Lebendgewicht bezahlt werden.

* Weinheim, 15. Juli. (Selbstmordabsichten.) Ein aus der psychiatrischen Klinik in Heidelberg entsprungenen junger Mann stürzte sich in selbstmörderischer Absicht in einen Steinbruch im Birkenauer Tal.

* Mannheim, 15. Juli. (Betäubung durch Chlor.) In große Gefahr kamen die Bewohner der Zellstofffabrik-Kolonie. An einem großen Behälter, der Chlor enthielt, war der Verschluss aufgegangen und die Chlordämpfe strömten laut „Mannh. Tagblatt“ in gewaltigen Massen ab.

* Mannheim, 14. Juli. (Französische Beschlagnahme.) In einer der letzten Nächte versuchten mehrere Eisenbahnbeamte einen großen Geldbetrag in Höhe von 8 bis 9 Milliarden zur Auszahlung von Gehältern und Löhnen nach der Pfalz zu bringen.

* Weingarten, 15. Juli. (Kaiser Tod.) Der 58 Jahre alte Landwirt Heinrich Schick von hier war auf den Speicher gegangen, um Frucht zu holen.

* Forstheim, 14. Juli. (Ein schwerer Unglücksfall) hat sich hier ereignet. Als ein verheirateter Landwirt mit seinem unbeladenen Fuhrwerk nach Forstheim fuhr, scheuten die Kühe vor einem vorüberfahrenden Kraftwagen.

* Raftatt, 15. Juli. (Ein schwerer Autounfall) hat sich auf der Rückfahrt der an der Flachrennprüfung des Baden-Badener Autoturniers beteiligten Wagen hier ereignet.

* Mietersheim bei Lahr, 15. Juli. (Erstochen.) Der Schwager des hiesigen Bürgermeisters Geßler, Gutsbesitzer Emil Janne, ist auf seiner Besichtigung bei Gottsdorf (Niederbahren) von seinem Verwalter nach kurzem Wortwechsel erstochen worden.

* Radolfzell, 15. Juli. (Das hiesige Amtsgefängnis) ist derart überfüllt, daß Gefangene aus dem Radolfzeller Bezirk in das Gefängnis nach Stöckach überführt werden müssen.

* Steißlingen bei Stöckach, 15. Juli. (Auswanderer.) Eine größere Anzahl hiesiger Bürgeröhne, lauter Handwerker, rüsten sich zur Auswanderung nach Portugiesisch-Ostafrika.

* Tittsee, 14. Juli. (Selbstmord.) Am Samstag vormittag wurde auf der Seeferse auf dem Waldweg nach dem Feldberg der 23 Jahre alte Karl Karl Müller aus Durlach mit durchschnitener Kehle und einer tiefen Schnittwunde am linken Unterarm, jedoch noch lebend, aufgefunden.

Der 23 Jahre alte Karl Karl Müller aus Durlach mit durchschnitener Kehle und einer tiefen Schnittwunde am linken Unterarm, jedoch noch lebend, aufgefunden. Der Aufgebundene gab schriftlich an, daß er überfallen worden sei und daß man ihn des Geldes beraubt habe.

* Heilbronn, 15. Juli. (Vater und Sohn.) In das Krankenhaus wurde ein Anfangs der 20er Jahre stehender Mann aus Böckingen eingeliefert, dem bei einem häuslichen Streit von seinem Vater mit einem Messer der Bauch aufgeschlitzt war, so daß alsbald eine Operation notwendig wurde.

* Heilbronn, 15. Juli. (Weberfahren.) Der Fuhrmann Blum ist, als er von Wimpfen her einen Karussellwagen hierher fahren wollte, verunglückt. In einer abschüssigen Stelle kam der Wagen, dessen Bremse anscheinend nicht anzog, in den Lauf und überfuhr Blum, dem beide Beine von dem schweren Wagen abgefahren wurden.

* Rottweil, 14. Juli. (Die Silberdiebe.) Gelegentlich der Untersuchung eines Fahrraddiebstahls gelang es, die Einbrecher zu verhaften, die auf Schloß Lichtenegg den ganzen wertvollen Silberfund gestohlen hatten.

* Ebingen, 12. Juli. (Weiberrache.) Auf eigenartige Weise rächte sich die Frau eines Melchinger Bürgers, die wegen ehelichen Zwistes wiederholt ihren Mann verließ.

* Rielsingen, 14. Juli. (Großfeuer in Rielsingen.) Nach einem Streit mit seinem Vater legte der schwachsinrige Sohn des Landwirts Friedrich Lang Feuer an einen Heuwagen. Rasch sprangen die Flammen auch auf das Haus über, und nach kurzer Zeit waren die Häuser des Landwirts Gerpach und der Witwe Albez ebenfalls in Brand geraten.

Neueste amtliche Kurse

vom 13. Juli 1923.

Table with financial data including Anleihen, Bankaktien, Industriek Aktien, Schiffahrtsaktien, and Freiverkehrswerte. Columns list various securities and their corresponding values.

Advertisement for Kukirol, a medicinal product for skin conditions like scabies and warts. Text includes 'Kukirol', 'Drogerie A. Engel', and 'Hornhaut, Schwielen und Warzen'.

Advertisement for 'Verloren' (Lost) and 'Gefunden' (Found). Text: 'ging auf dem Wege von Mauer nach Steinsfurt 2 Rucksäcke mit zwei Krügen und einem Mantel. Abgegeben gegen gute Belohnung beim Landboten.'

Advertisement for 'Gefunden' (Found). Text: 'wurde ein größerer Geldbetrag auf der Straße von Weiler nach Buchenauerhof. Der rechtmäßige Eigentümer kann es abholen bei der Gutsverwaltung Buchenauerhof.'

Advertisement for 'Laden' (Shop). Text: '(in guter Lage) mit Lagerraum bezw. Werkstatt, zu vermieten. Angebote an Max Kaufmann, Sinsheim a. d. Elsenz.'

Advertisement for 'Hühnerhund' (Chicken Dog). Text: 'Wer übernimmt die Führung eines 13 Monate alten Hühnerhundes? Offerten unter Nr. 572 an den Landboten erbeten.'

Advertisement for 'Mühllohn für Brotgetreide'. Text: 'Mühllohn für Brotgetreide auf 80% Multer. Mühlenvereinigung Heidelberg.'

Advertisement for 'Die Uebergangsmode'. Text: 'Die Uebergangsmode: „Duveinhüte“. Elsa Faul, Heidelberg, Solienstr. 13.'

Advertisement for 'Frachtbrieft'. Text: 'Frachtbrieft empfiehlt die G. Becker'sche Buchdruckerei. Niederl.: Dr. R. Kieffer, Apotheke.'

Large advertisement for 'Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn'. Includes 'Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)' and a table of interest rates for deposits and loans.

Advertisement for 'Kosflörchen' and 'Golgigniff'. Text: 'Kosflörchen mit Extrakt vernichtet verblühend Golgigniff doppelstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien.'

Advertisement for 'Stempel und Klichees'. Text: 'nach Zeichnung oder Photographie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig. G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim, beim Bahnhof.'